

noch vielfältigere Aspekte. Katholiken, Liberale, Demokraten sowie die sich formierende Arbeiterschaft werden in ihren zahlreichen politischen Manifestationen — Aufrufe, Adressen, Proteste, Flugblätter, Zeitungen, Versammlungen, Vereinsgründungen, Bildung von überregionalen Zusammenschlüssen — mannigfaltig charakterisiert und dokumentiert. Schwerpunkte sind hierbei die Maiwahlen zu den konstituierenden Versammlungen in Berlin und Frankfurt, die Unruhen nach dem Vorgehen der Behörden gegen Führer der demokratischen und Arbeiterbewegung in Köln im September sowie die sog. Steuerverweigerungskampagne im November, mit deren Hilfe der demokratische Kreisausschuß der Rheinprovinz um Karl Marx das reaktionäre Kabinett Brandenburg-Manteuffel auf die Knie zwingen wollte, eine Kampagne, die trotz anfänglicher Erfolge bei der Mobilisierung weiterer Bevölkerungskreise schließlich versandete — nicht zuletzt, weil der größte Teil des Bürgertums vor gewaltsamer Konfrontation mit der Staatsmacht zurückscheute sowie sich überdies durch die im Dezember oktroyierte Verfassung zufriedengestellt und seiner Ängste vor der aufkeimenden Arbeiterschaft enthoben fühlte. Alle diese Entwicklungen werden detailliert vorgestellt anhand der großen Städte, vor allem Köln, Düsseldorf, Trier, Koblenz und Aachen, während die Verhältnisse auf dem platten Lande — z. T. aus Quellengründen — doch recht unterbelichtet bleiben. Nicht nur anhand der Korrespondenzen der Brüder Camphausen, v. Beckerath, Hansemann und Mevissens, sondern auch am Verhalten des hinter ihnen stehenden rheinischen Bürgertums werden die Grenzen der Kompromißbereitschaft und auch -fähigkeit der liberalen Bourgeoisie gegenüber den politischen und sozialen Forderungen der Arbeiterschaft und ihre im Vormärz angesichts ihrer Oppositionsrolle nur überlagerte, nach 1848 aber immer stärker offenbar werdende Affinität zu den alten Eliten im Zeichen von »Ruhe und Ordnung« als unabdingbaren Voraussetzungen für einen geregelten Verlauf des Geschäftslebens dokumentiert. Diese Edition vermittelt also nicht allein dem Landeshistoriker wichtiges Material, sondern bietet auch unter übergreifenden Gesichtspunkten wesentliche Einsichten, nicht zuletzt dank der umsichtigen und z. T. überaus reichhaltigen Annotierung durch den Bearbeiter. Darüber hinaus hat sich Boberach durch die Erstellung eines Personen- und eines Ortsregisters nicht nur für diesen Band, sondern auch für die beiden ersten Bände, in denen man bislang mit unendlichem Zeitaufwand nach konkreten Einzelinformationen suchen mußte, ein ganz besonderes Verdienst erworben.

Dieter Dowe

Joachim Paschen, Demokratische Vereine und preußischer Staat. Entwicklung und Unterdrückung der demokratischen Bewegung während der Revolution von 1848/49 (= Studien zur modernen Geschichte, Bd. 22), R. Oldenbourg Verlag, München/Wien 1977, 182 S., Kunststoffeinband, 56 DM.

Mit seiner Dissertation bereichert Paschen die in den letzten Jahren wachsende Zahl von Studien, die sich mit der Formierung der einzelstaatlichen und überregionalen politischen Parteien zur Zeit der 1848er Revolution inner- und außerhalb der Parlamente befassen, um eine Untersuchung der demokratischen Vereine, d. h. der demokratischen »Partei« in Preußen. Einleitend skizziert er die Gegensätzlichkeit von »bürokratischer Monarchie« und demokratisch-liberaler Bewegung im vormärzlichen Preußen und liefert dabei eine knappe, aber tragfähige und im weiteren Verlauf ergänzte Definition des Unterschieds zwischen Demokratie und Liberalismus (S. 28-31, vgl. S. 39 f., 47, 82, 160), der sich hauptsächlich an den Fragen der Volkssouveränität (Republik oder konstitutionelle Monarchie), des Zusammenhanges von sozialer und politischer Freiheit und der Wehrverfassung kristallisierte. Anschließend schildert Paschen den Entstehungsprozeß, die Zielsetzung, innere Organisation und politische Aktivität der demokratischen Vereine in der Anfangsphase der Revolution. Eine über den Verweis auf die Dominanz klein- und unterbürgerlicher Schichten und die Konzentration

auf die Städte hinausgehende soziale Analyse der Mitgliedschaften in den Vereinen läßt die Quellenlage nicht zu (S. 40, 80, 91 f., 98 f., 159). Bereits auf der Ebene der lokalen Vereine zeigt Paschen, daß die Demokratie die Lösung der sozialen Frage zwar programmatisch immer wieder forderte, aber inhaltlich nicht diskutierte, vielmehr als eine logische Konsequenz des durchzusetzenden demokratischen Staates betrachtete (S. 50 f., vgl. S. 77). Mit der Schilderung des 1. Demokratenkongresses in Frankfurt/M. verläßt Paschen dann nur kurz die preußische Szene. Grundsätzliche Finanzprobleme und mangelnde Bereitschaft der Vereine, Kompetenzen abzugeben, schwächten den dort gewählten Zentralausschuß wie auch die sich in der Folge bildenden Kreiskongresse. Im Mittelpunkt der demokratischen Agitation stand mehrheitlich nicht die Forderung nach Einführung der republikanischen Staatsform, sondern (wohl aus juristischen Bedenken, s. S. 85?) die politische Verwirklichung der Volkssouveränität (S. 64 ff., 77 gegen S. 55). Aus der beiderseitigen Furcht vor einer Abhängigkeit entstand in Preußen auch keine feste organisatorische Verbindung zwischen demokratischer Parlamentsfraktion und demokratischer Vereinsorganisation (S. 83). Nicht zuletzt deshalb konnte die mit Abstand bestorganisierte politische Bewegung im Preußen der Revolutionszeit (S. 90 f.) auch keine nachhaltigen politischen Erfolge erzielen. Die innere Schwäche der gesamtdeutschen demokratischen Bewegung offenbarte — auch wenn man Paschens Aufwertungsversuch zustimmen will — der von ihm als »Parteitag« apostrophierte (S. 96) 2. Demokratenkongreß in Berlin. Abschließend dokumentiert Paschen detailliert die Etappen des preußischen Staatsstreiches mit der Zerschlagung des demokratischen Vereinswesens bis zum Frühjahr 1850.

Als »Beitrag zur Geschichte der Demokratie in Deutschland« (S. 12) und der »ersten Auseinandersetzungen um den Parteienstaat« (S. 11) konzipiert, will Paschens Studie in den demokratischen Vereinen Frühformen der modernen Parteien untersuchen (S. 35 f.; vgl. S. 96 f., 158). Nun markieren gerade die organisatorischen Versuche der Revolutionszeit — stark verkürzt ausgedrückt — den beginnenden Übergang von der (Gesinnungs-)Partei als Form des politischen *Denkens* zur (Mitglieder-)Partei als Form des politischen *Handelns*! Obwohl Paschen selbst beiläufig auf die Inkongruenz des zeitgenössischen mit dem modernen Parteibegriff verweist (S. 28, 125), liefert er keine ausführlichere bzw. Arbeitsdefinition des seiner Arbeit zugrundeliegenden Begriffs der »Partei« (vgl. S. 9 f.), was doch gerade angesichts seiner Themenstellung und Intention zu erwarten gewesen wäre<sup>1</sup>, und offenbart zudem einen recht sorglosen Umgang mit dem Parteibegriff der Revolutionszeit (s. etwa S. 158 f.). Wohl nicht zuletzt, um sich von vorliegenden Untersuchungen abzusetzen (Kramer, Boldt), vertritt Paschen die These, daß die demokratische »Partei« weder als Honoratioren-, noch als Fraktionspartei (= von oben), sondern »von unten« entstanden sei (S. 36). Infolgedessen vernachlässigt er die Impulse, die von den Wahlen zur preußischen Nationalversammlung und von der Parlamentsfraktion auf die Parteibildung ausgingen, obwohl er die Bewegung »von oben« keineswegs negiert (s. S. 38, 79). Doch steht Paschen schließlich vor der unausgesprochenen Aporie, daß sich die demokratische »Partei« wohl aus zwei Gruppen zusammensetzte, aus der demokratischen Parlamentsfraktion und den zentralisierten Vereinen, diese aber zu keiner festen bzw. organisierten Verbindung finden konnten (S. 83 f.; vgl. S. 108 f.) — eine moderne parlamentarische Partei also nicht ent- bzw. bestand! Ein weit gewichteres methodisches Problem birgt jedoch Paschens zentrale These von der »bedrohlichen Macht«, welche die demokratische Bewegung für die preußische Regierung dargestellt

1 Leider ist Paschen offensichtlich die Untersuchung von *Jens Peter Eichmeier*, Anfänge liberaler Parteibildung (1847 bis 1854), phil. Diss. Göttingen 1968, unbekannt, der zur begrifflichen Abgrenzung von den modernen Parteien aus den Quellen den Begriff des »Parteivereins« übernimmt (S. II) und gerade die Verbindung der Parteivereine außerhalb des Parlaments zur Fraktion im Parlament thematisiert.

und so ihre eigene Zerschlagung verursacht habe (S. 95). Der erste Teil der Beweisführung, die imposante numerische Stärke der demokratischen Vereine, ist nicht ganz frei von Widersprüchen (vgl. S. 42 = Angabe des Mindestalters der Vereinsmitglieder mit S. 90 = Berechnung des prozentualen Organisationsgrades; s.a. S. 11). Äußerst problematisch ist jedoch der Verweis auf die amtliche Demokratenfurcht mit dem Argument, »daß das Ausmaß der Reaktion ein Indiz für die Stärke der Kräfte sein müsse, gegen die sich die Reaktion richtete« (S. 162; s.a. S. 10, 95, 111 f.). Nun hat Paschen die negative Einstellung der Behörden zu den Vereinen nirgends zusammenfassend analysiert oder inhaltlich erläutert, etwa zusammen mit seinen vagen Angaben einer angestrebten demokratischen Einflußnahme auf die Kommunalverwaltung (z. B. S. 31, 65). Hätte er seine einleitende zutreffende Feststellung von der prinzipiellen Organisationsfeindlichkeit der Regierung (S. 26; vgl. S. 142) ausgeführt, so hätte er ein *inhaltliches* Instrumentarium gewonnen, die behördliche Einschätzung der Gefahr und Stärke der demokratischen Bewegung methodisch für eine Analyse ihrer realen Bedrohung des Polizeistaates fruchtbar zu machen. Diese Unterlassung verstellt Paschen auch den Weg zu einer Untersuchung des emanzipatorischen Gehalts der — zudem recht undifferenziert aneinandergereihten — vormärzlichen Organisationsbestrebungen wie der vereinsinternen Organisation (S. 43; vgl. S. 97). Bekämpften doch die preußischen Behörden gerade die politisierende, auf die Einübung in demokratisch-parlamentarische Praktiken abzielende Funktion von Generalversammlungen, Vorstandswahlen, Ämtern und Kontrollmechanismen des bürgerlichen Vereinswesens, indem sie darin mit Recht die eigentliche Bedrohung des autoritär geführten Untertanenstaates sahen und weniger in der tatsächlichen politischen Macht der Vereine, deren Einflußlosigkeit Paschen denn auch zugibt (S. 83 f.), wobei hier natürlich die tief sitzende Revolutionsfurcht der Bürokratie nicht geleugnet werden soll.

Es ist alte Rezensentengewohnheit, darüber zu klagen, daß der Autor mit seinen Ausführungen nicht über die Grenzen seines selbstgewählten Gegenstandes hinausgeht bzw. mit dem Thema in lockerem Zusammenhang stehende Fragen nicht ausführlicher behandelt, die doch einen selbst interessieren! Dies sei den folgenden abschließenden Bemerkungen zur Relativierung vorangestellt. Paschen hat die innen- und außenpolitischen Rahmenbedingungen und vor allem die koordinierten zwischenstaatlichen Bemühungen der sich formierenden bzw. erstarkenden Reaktion völlig ausgeklammert, wodurch die preußischen Maßnahmen als ein Problem isolierter bürokratischer Entscheidungsfreudigkeit und Skrupellosigkeit oder, noch fataler, als bloßer Reflex auf die wachsende Stärke (!) der demokratischen Bewegung erscheinen. Auch läßt Paschen die Zerschlagung der preußischen demokratischen Vereinsorganisation im Frühjahr 1850 enden. Auf den Braunschweiger Demokratenkongreß vom Juni geht er nur noch kurz ein. Doch war mit den allgemeinpolitischen Vereinen für die Behörden die Demokratie keineswegs erledigt! Zur antidemokratischen Kampagne gehören die Aktionen gegen die »Affiliationen«, die personell und ideologisch stark mit den erwähnten Vereinen verflochtenen Turn- und Sing- und natürlich die Arbeitervereine. Dazu fehlt bei Paschen ebenso jedes *hinweisende* Wort wie zur 1850/51 einsetzenden systematisierten Hatz auf inländische und emigrierte Demokraten (Polizeiverein, Polizeiliteratur) und zur Vernichtung ihrer letzten Kommunikationsmittel, der demokratischen Presse über Stempelsteuer und Kautionsstellung (Gesetze vom 5.6.1850 bzw. 12.5.1851). Zudem: Angesichts der von Paschen eindrucksvoll nachgewiesenen organisatorischen Stärke der demokratischen Bewegung im Preußen der Revolutionszeit fordert die Frage noch dringender ihre Beantwortung, warum in diesem Land, anders als etwa in Sachsen, nach 1860 von einer demokratischen Organisation/Bewegung/Partei keine Rede mehr sein kann.

Insgesamt gesehen, hat Paschen mit seiner knapp gehaltenen und gut lesbaren (!) Studie eine aufschlußreiche Analyse der numerischen Stärke, aber auch der Ursachen der internen Schwäche der preußischen demokratischen Vereine von 1848/49 vorgelegt. Toni Offermann